

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel C) Anders Wirtschaften

Wie wir unsere Marktwirtschaft ökologisch und sozial neu begründen

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Klima- und Finanzkrise sind auch Ausdruck eklatanten Marktversagens. Wirtschaftspolitik muss ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen verpflichtet sein. Wir treten ein für eine grüne Transformation unserer Wirtschaft. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch und sozial unvernünftig ist. Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen. Ein großer Teil der wissenschaftlichen ökonomischen Modelle hat versagt. Die Grundannahmen der Modelle müssen kritisch überprüft werden. Wir brauchen wieder pluralistische Ansätze in der wirtschaftspolitischen Beratung. Das Projekt Europa ist durch die tief greifende wirtschaftliche soziale Spaltung stark gefährdet. Die massive Verarmung und Jugendarbeitslosigkeit von bis zu über 50% in Europa ist für uns Grüne nicht hinnehmbar. Die deutsche Wirtschaft ist bisher leidlich gut durch die Finanzkrise gekommen und profitiert von ihrer Exportstärke. Doch diese Stärke ist nicht nachhaltig. Die Rezession 2009 konnte wesentlich gemildert werden durch das Konjunkturprogramm II und das Kurzarbeitergeld. Mit der Abwrackprämie für die Automobilindustrie wurde die Chance vertan, die ökologische Modernisierung zu fördern. Viele Millionen Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt und können an der Stärke der Unternehmen nicht teilhaben, zu viel der Produktion basiert auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen. Hinzu kommt, dass Angela Merkel während ihrer Regierungszeit 500 Mrd. Euro Schulden angehäuft hat, die nachfolgende Generationen abtragen müssen. Auch eine weitere Zunahme der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gefährdet die Nachhaltigkeit unserer Marktwirtschaft. Dies wollen wir nicht länger hinnehmen.

Wir werden die Weichen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie stellen. Die Bundesrepublik soll Vorreiter dieser Zukunftsökonomie sein, und sich für eine europäische Industriepolitik einsetzen, die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass auch die südeuropäischen Länder daran teilhaben und davon profitieren. Deutschland und Europa brauchen eine grüne industrielle Revolution, die in hohem Maße von den kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen wird. Und wir brauchen eine Offensive der sozialen Dienstleistungen, von der Bildung bis zur Pflege. Das schafft hunderttausende neuer Jobs.

Wir setzen den Märkten mit einer werteorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Unter diesen Voraussetzungen können Märkte einen Innovationsschub für den sparsamen Einsatz von Energie und Ressourcen und für neue Technologien, die weltweit gefragt sind, bewirken.

Es ist das Verdienst eines hoch innovativen Mittelstandes und seiner Beschäftigten, dass deren Produkte in der ganzen Welt gefragt sind. Diese Innovationskraft muss erhalten und ausgebaut werden. Deswegen muss Deutschland seinen Vorsprung bei Effizienz- und Umwelttechnologien jetzt nutzen.

Anders Wirtschaften heißt Schluss mit dem schwarz-gelben Klientelismus. Gute Wirtschaftspolitik bedeutet nicht die Interessen eines einzelnen Unternehmens voran zu bringen, sondern nachhaltige Lösungen im Interesse der gesamten Gesellschaft zu suchen. Anderes Wirtschaften heißt die ökonomische Teilhabe stärken. Eine Neubegründung unserer Marktwirtschaft heißt, den Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Unsere ökonomische Produktivität soll dem Wohlstand aller dienen. Die Wirtschaft mag wachsen – aber zu welchem Preis? Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns, noch ein adäquates Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. Deswegen geht es auch um ein Fundament für gute Arbeit – mit Mindestlöhnen und einem höheren steuerfreien Existenzminimum. Menschen müssen von ihrem Einkommen gut leben können und die Möglichkeit zu einer armutsfesten Altersvorsorge haben. Anders Wirtschaften bedeutet auch, die Verteilung von Arbeit neu zu gestalten, damit mehr Menschen teilhaben können sowie für humane Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten einzutreten.

Anders Wirtschaften heißt sich einmischen, um dem Vorrang der Politik Geltung zu verschaffen. Damit meinen wir, dass demokratisch legitimierte Institutionen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen sollten. Dazu müssen auch die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie analysiert und berücksichtigt werden. Ein einfacher Gegensatz zwischen „guter“ Politik und „schlechter“ Ökonomie greift zu kurz. Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen, indem wir die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigieren, die jahrelang Deregulierung und kurzfristige Profitmaximierung über nachhaltige Entwicklung stellte. Dabei müssen ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Nur so haben wir eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die bei Verhandlungen in Brüssel immer wieder auf die Bremse tritt, wollen wir Europa stärken und uns mehr für gemeinsame Regelungen einsetzen und diese mit voranbringen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik und ohne verbindlich vereinbarte Sozialstandards können auf Dauer nicht funktionieren. Wir Grüne wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: die Eurostaaten müssen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.

Anders Wirtschaften – heißt Zukunft schaffen. Der Aufbruch in die Zukunftsökonomie ist lang und bedarf vieler, oft auch kleiner Schritte. Bei den Erneuerbaren Energien haben wir Grüne gezeigt, wie grüne Technologien und neue Märkte zu Jobmotoren werden. Neue grüne Jobs entstehen auch in Bereichen wie Tourismus, Gesundheitswesen und Lebensmittelherstellung sowie in Berufen, die zur Ökologisierung von Lebensweisen beitragen können, durch Wissenstransfer, Verbraucheraufklärung, Beratung oder Ökozertifizierung. Ob Maschinen- und Anlagenbau oder die chemische Industrie – auch die klassischen Branchen profitieren von der ökologischen Wende.

1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit

satz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Das ist Kern grüner Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es eine aktive Politik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Strategie, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und es gibt Potenzial für noch deutlich mehr, wenn wir diesen Innovationsprozess vorantreiben: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Energiespeicher müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Dabei müssen sehr schnell höchste Sicherheitsstandards entwickelt und implementiert werden. Häuser müssen wärmegeklämt, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur bei den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros.

Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden. Das funktioniert indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen. Bisher ist für Unternehmen nur die Berichterstattung über finanzielle Kennzahlen verpflichtend. Wir wollen, dass für Unternehmen ab einer bestimmten Größe auch die Berichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen verpflichtend wird. Als Orientierungsrahmen dienen die bisher mit den freiwilligen Standards der Global Reporting Initiative gemachten Erfahrungen.

Deutschland als innovativer Industriestandort muss bei der europäischen Ressourceneffizienzstrategie die Blockierer-Rolle aufgeben und stattdessen gemeinsame europäische Ziele, Wegmarken und Bewertungsmaßstäbe für die Ressourceneffizienz unterstützen. Das Impulspro-

gramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur Verfügung. Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung und Schonung der Stoffkreisläufe beitragen. Die ökologische Modernisierung löst enormen Finanzierungsbedarf aus. Wir wollen neue Wege eröffnen, um private Finanzströme in den ökologischen Umbau zu lenken. So übernimmt bei Projektbonds die öffentliche Hand gegen Beteiligung einen Teil der Hochrisiken, die von den Privaten nicht getragen werden können, und ermöglicht so wichtige Investitionen.

An der Mobilitätswirtschaft insgesamt und im speziellen an der Automobilindustrie hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur wer mit umweltverträglichen Konzepten und Fahrzeugen auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Fahrzeuge vom Band rollen. Durch ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Aber wir Grüne wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Angesichts des Klimawandels geht es nicht um immer mehr Autos, sondern um eine Verkehrswende hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr. Und es geht auch um neue Mobilitätskonzepte auf Basis sozialer und ökologischer Innovationen. So wird bei Car-Sharing-Modellen „Besitzen“ durch „Nutzen“ ersetzt.

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Dazu muss sie stärker auf den Einsatz zertifizierter nachwachsender Rohstoffe setzen. Grüne Rohstoffpolitik setzt neben Effizienz auf Recycling und verlässt sich nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einem leistungsstarken und effizienten Akku erfolgreich auf dem Markt bestehen können. Dafür soll die chemische Industrie noch mehr Teil der Problemlösung werden und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer lässt sich aus unserer Sicht nicht länger halten; als umweltschädliche Subvention wollen wir sie im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform abschaffen und so Anreize zur Innovation weg vom Öl geben. Dafür ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die versucht, mit weltweiten Handelspartnern faire Wettbewerbsbedingungen auszuhandeln sowie ein Kredit- und Wirtschaftsprogramm der KfW und ein Forschungsprogramm für die deutsche Solarindustrie auszulegen.

Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energie hat sich von einer energiepolitischen Nische zu einem Boommarkt entwickelt. Andere Länder wie China haben die Bedeutung dieses Industriezweiges erkannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versäumt, einen entsprechenden Schwerpunkt zu setzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der erneuerbaren Energieerzeugung einen Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und wollen eine wettbewerbsfähige Solarindustrie als industriellen Schwerpunkt in der EU. Wir wollen eine europäische Industriepolitik für Erneuerbare Energien. Eine solche Förderung muss auch durch entsprechende Finanzierungsinstrumente zum Aufbau einer schlagkräftigen Erneuerbaren-Energien-Industrie begleitet werden. Gegen unfaire Dumpingpraktiken muss eine europäische Antwort gefunden werden.

Die Maritime Wirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik. Nach Jahren des Booms steckt sie in einer Krise. Steuersparmodelle haben die Schiffsfinanzierung zu einem Spekulationsgeschäft gemacht, bei dem viele Anleger ihr Geld verloren haben. Wir wollen das maritime Bündnis und die Schiffsfinanzierung auf neue Beine stellen.

Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge aus. Das sind über 14% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben, indem die öffentliche Hand bei der Beschaffung konsequenter auf innovative Produkte setzt. Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des Fairen Handels genügen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regeln zur Beschaffung einsetzen. Ferner fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben nach dem Prinzip des Gender Budgeting, einheitlichen Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und eine zentrale Service- und Beratungsstelle. Die Aktivitäten und Initiativen in Sachen Diversity Management (Vielfaltsmanagement) sind zu unterstützen und zu fördern.

Der Breitbandausbau ist Grundlage einer modernen Ökonomie. Mit fairen Rahmenbedingungen und gezielten Fördermaßnahmen treiben wir den Aufbau eines Universalnetzes und den Ausbau eines flächendeckenden Hochleistungsnetzes voran. Netzneutralität garantiert auch kleinen Anbietern einen gleichrangigen Zugang.

Die industrielle Produktion in Deutschland zeichnet sich nicht mehr allein durch Fräsen, Löten und Bohren aus, sondern ist eng verknüpft mit Forschung, Entwicklung und Softwareanwendung. Heute werden dazu Forschung und Entwicklung, Design und vor allem Software immer bedeutender. Industrie und Dienstleistungen sind kein Antagonismus, sondern bedingen und ergänzen einander. Grüne Wirtschaftsförderung stellt sich darauf ein. Ein neues Innovationsverständnis, passende Studiengänge und die Durchlässigkeit von Ausbildungen sind wichtig für die neuen Anforderungen. Der demografische Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Notwendig sind eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Qualifizierungsangebot sowie gute Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu gehören eine familienfreundliche Unternehmenskultur und Qualifizierungsangebote, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, und auch besondere Anstrengungen, um Frauen und Männern gleichermaßen den Zugang zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an, fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.

Wir setzen uns für eine nachhaltige und gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik ein. Folgende Grundsätze müssen in allen EU-Investitions- und Handelsabkommen gelten: Umfassende Transparenz, verpflichtende menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgeabschätzungen vor und nach dem Abschluss von Abkommen, verbindliche auch auf die Auswirkungen des Abkommens selbst bezogene Menschenrechts- und Umweltklauseln, die Anerkennung von Schutzinteressen schwächerer Länder, die Förderung lokalen und regionalen Handels und den Ausbau der Wertschöpfung in den Entwicklungsländern. Wir wollen die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte stärker kontrollieren und fordern verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsstandards für Unternehmen. Dazu gehört auch die Einführung länder- und projektbezogener Berichtspflichten für transnationale Konzerne Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzung durch transnational agierende Unternehmen geworden sind, sollen einen besseren Zugang zu Gerichten und rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren bekommen. Im deutschen Handelsrecht und auf EU-Ebene muss eine Haftung der Mutter- für ihre Tochterkonzerne bei Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden.

Eine Ursache für die Finanzkrise waren unverhältnismäßig hohe und nur auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Manager- und Aufsichtsratsvergütungen. Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasieabfindungen wollen wir wirksam begrenzen. Die Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen soll künftig der verbindlichen Zustimmung der Hauptversammlung unterliegen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit soll auf 500.000 Euro begrenzt werden, damit die Allgemeinheit exorbitante Gehälter nicht länger mitfinanzieren muss. Bonuszahlungen sollen am Gewinn orientiert sein und dürfen künftig zusammen mit anderen variablen Gehaltsbestandteilen wie Tantiemen und Aktienoptionen maximal ein Viertel des Gesamtgehalts ausmachen. Erfolgsbeteiligungen sollen künftig grundsätzlich langfristig orientiert sein und ihnen soll auch die Beteiligung an den Verlusten des Unternehmens gegenüberstehen. Um mehr Transparenz bei den Vergütungen zu erreichen, ist die Vergütung aller Organmitglieder jährlich offen zu legen.

2. Die Krise überwinden - durch ein solidarisches und ökologisches Europa

Die Europäische Union steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist aber nicht der Euro, sondern ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist und seine eigene Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Der Zusammenbruch weitgehend unregulierter Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells schonungslos offengelegt.

Schwarz-Gelb behauptet, die Länder in Südeuropa hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und müssten sich nun über massive Lohnsenkungen und Ausgabenkürzungen gesund-schrumpfen. Merkel verschweigt jedoch, dass die Schuldenaufnahme ganz wesentlich zur Rettung von Banken eingesetzt wurde. Davon haben insbesondere auch deutsche Banken, Lebensversicherer und andere Gläubiger profitiert. Einige europäische Länder haben zudem über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch jahrelange, massive Exportüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem gemeinsamen Währungsraum existenzgefährdend. Verstärkt wurden diese Probleme durch die europaweit gestiegene Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie einen übermäßig großen Finanzsektor. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum geführt. Durch politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten wurden die Probleme noch vergrößert.

Das zögerliche, widersprüchliche, sozial unausgewogene europäische Krisenmanagement hat die mangelhafte und parlamentarisch zu wenig kontrollierte Koordinierung innerhalb der Eurozone schonungslos offen gelegt. Banken wurden mit Milliardensummen stabilisiert, bescheidene Ansätze stärkerer europäischer Finanzmarktregulierung angepackt, überschuldete öffentliche Haushalte mit neuen Krediten gestützt, Ländern drastische Ausgabenkürzungen verordnet, Schuldenbegrenzung als neue goldene Regel durchgesetzt, Sozialabbau und Lohndumping erzwungen, neues Wachstum irgendwie vage in Aussicht gestellt. Doch wie schon in der Vergangenheit zeigen sich immer mehr die desaströsen Auswirkungen der einseitigen Sparpolitik - diese führt Europa immer tiefer in die Krise und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Diese Krise ist eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise. Um sie dauerhaft zu lösen, braucht Europa eine neue Perspektive. Wir brauchen eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal. Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden. Zentral ist die Finanzierung ökologischer Erneuerungs-Investitionen und europäischer Netze. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Dazu gehört eine starke europäische Bankenunion. Wir fordern ebenso einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht. Erforderlich ist zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Sofortprogramm für die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen in den Krisenländern. Wir verteidigen faire Löhne, Gewerkschaftsrechte und existenzsichernde soziale Garantien. Europa kann stärker aus der Krise herauskommen, wenn es gelingt, eine Alter-

native zur Merkel'schen Strategie durchzusetzen, die die Krisenländer vor allem mit Sparpolitik, Sozialabbau und Lohndumping traktiert. Weil man sich aus einer solchen Krise nicht einfach herausparen kann, muss das entscheidende Augenmerk darauf gelenkt werden, wie neue wirtschaftliche Dynamik entstehen kann.

Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. In den letzten Jahren stagnierten aber die Reallöhne oder sanken sogar. Dadurch sind sowohl die Ungleichgewichte innerhalb Europas als auch die Ungleichverteilung der Markteinkommen in Deutschland deutlich angestiegen. Wir wollen diesen Trend umkehren und auskömmliche Löhne wieder zum Regelfall machen. Dazu brauchen wir in Deutschland auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, flankiert von weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Tarifsystems. Damit wollen wir auch erreichen, dass sich in Zukunft die Reallohnentwicklung wieder am Produktivitätsfortschritt orientiert.

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass in Krisenländern verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert wird und so die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Außerdem wollen wir die Absatzchancen der Unternehmen aus den Krisenländern verbessern.

Wir fordern einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf dem vom Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds basiert. Erstens zeigen wir den Akteuren auf den Märkten damit, dass die Eurozone sich an ihre Verpflichtungen hält. Zweitens erreichen wir Zinssenkungen durch gemeinsame Kreditaufnahmen und einen transparenten Schuldenabbau durch klare Regeln. Dem Schuldentilgungspakt legen wir eine sichere Finanzierung zugrunde. Diese wollen wir durch Vermögensabgaben in den europäischen Ländern unterstützen und so die Schuldenproblematik sozial gerecht lösen. Drittens ersetzen wir die jetzt schon de facto bestehende Haftungsunion durch eine europäische Solidarunion mit verbindlichen Regeln. Wir wollen den ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen und so zu einem wirklichen Krisenreaktionsinstrument machen. Klare Bedingungen für die Teilnahme, insbesondere in Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, sind nötig, müssen aber sozial ausgewogen sein. Der ESM/EWF soll der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Unser Ziel bleiben Eurobonds, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind. Mit Europäischen Anleihen samt strenger Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen Haftungszusage aller Mitgliedstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und Finanzierungs-krise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt allerdings eine Vertragsänderung voraus. Künftig muss bei der Bewältigung von staatlichen Schuldenkrisen der Privatsektor sehr viel umfassender als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Wir treten deshalb weltweit für ein faires und unabhängiges, geordnetes und stabilisierendes Staateninsolvenzverfahren ein. In der Eurozone soll dieses erst nach der Einführung von Eurobonds für dann weiterhin mögliche national garantierte Schuldentitel Anwendung finden.

Mit dem neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung wollen wir den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene auch personell verankern. Er/Sie soll den Vorsitz der Eurogruppe und des ECOFIN ausüben, aber keine Gesetze ohne Zustimmungen des Europäischen Parlaments erlassen dürfen. Zudem soll er durch das EP individuell wähl- und abwählbar sein.

Wir kritisieren den europapolitischen Kurs von Merkel scharf. Es ist fahrlässig, wie die Währungsunion von der Bundesregierung aufs Spiel gesetzt wird. Gerade die deutsche Wirtschaft hat davon profitiert und deutsche Banken haben jahrelang hervorragend in der Wirtschafts- und

Währungsunion verdient. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten auseinander getrieben und die Rettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen erheblich verteuert. Merkel handelt immer wieder zu langsam und zu kurzfristig – mit ihrem Zögern und Zaudern hat sie nicht nur bei der Griechenland-Krise eine teure Spirale in Gang gesetzt: der Verunsicherung an den Finanzmärkten folgte die Flucht aus Staatsanleihen der Krisenländern, die infolge dessen entweder exorbitante Zinsen auf dem Kapitalmarkt zahlen müssen oder ganz davon abgeschnitten wurden.

Noch schlimmer – weil mit dramatischen Auswirkungen auf die Europäische Union und die Weltwirtschaft – wäre es allerdings gewesen, die Krisenländer unkontrolliert bankrottgehen zu lassen und den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte auf den Euro nichts entgegenzusetzen. Wir haben deshalb im Bundestag den Rettungsschirmen und dem Fiskalvertrag zugestimmt. In der Gesamtabwägung war das für uns die bestmögliche Entscheidung. Ohne eine Rettung wären die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen in den Krisenstaaten noch viel verheerender – auch deshalb haben wir Angela Merkel immer wieder zu einem schnelleren und entschlosseneren Handeln aufgefordert. Es ist uns gelungen, der Bundesregierung ein Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzurufen. Dagegen sind die Versprechungen in Richtung eines Investitions- und Wachstumspaketes, seit sie 2012 gemacht wurden, weitestgehend heiße Luft geblieben. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

3. Finanzmärkte an die Leine nehmen

Deutschland hat sich zur größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren entwickelt. Die Finanzmärkte haben ihre zentrale Aufgabe als Dienstleister für die Realwirtschaft. Werden sie zum Selbstzweck, dienen sie als (Spiel-) Casino und können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Mit einer strikten Regulierung wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsordnung verankern. Bisher galt viel zu oft: Verluste übernehmen die SteuerzahlerInnen, die Gewinne streichen weiterhin AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Das ist weder gerecht noch entspricht es marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Wir wollen eine gemeinsame Bankenaufsicht mit einem einheitlichen Regelwerk. International aktive Banken sollten von der neuen europäischen Bankenaufsicht direkt beaufsichtigt werden, kleine Institute mit ausschließlich regionalem Geschäft müssen nicht laufend von einer europäischen Institution beaufsichtigt werden. Wir brauchen aber eine Vereinheitlichung der Aufsichtsstandards und auch für kleine Institute ein Durchgriffs- und Letztentscheidungsrecht bei Versagen der nationalen Aufseher. Ergänzt wird die europäische Bankenunion nach unseren Vorstellungen um gemeinsame Mechanismen zur Abwicklung von Krisenbanken sowie einen gemeinsamen Rahmen für europäische Einlagensicherungssysteme. Die Bankenunion ist die grüne Antwort auf das Zögern und Zaudern der Merkel-Regierung, das die Haftung der SteuerzahlerInnen weiterhin zulässt, und zeigt, dass mehr Europa einen echten Mehrwert bietet. Wir Grüne halten das gegenwärtige, überkomplexe Regulierungsregime mittelfristig für ungeeignet, ein erneutes Ausbrechen von finanzmarktinduzierten Krisen zu verhindern.

Der Fokus der Finanzmarktregulierung muss sich ändern. Die enorme Komplexität der aktuellen Anforderungen birgt die Gefahr, dass das eigentliche Ziel der Maßnahmen, nämlich die Stabilisierung des Finanzsystems, aus den Augen verloren wird. Der wichtigste Schritt in Richtung transparenterer und einfacherer Regeln ist eine Schuldenbremse für Banken. Nur wenn die Eigenkapitalausstattung des Finanzsystems insgesamt ansteigt, sinkt dessen Anfälligkeit gegen unerwartete Schocks. Dazu verschafft eine höhere Eigenkapitalausstattung dem für eine Marktwirtschaft fundamentalen Haftungsprinzip wieder Geltung, indem zuerst diejenigen für Verluste

haften, die in guten Zeiten auch die Gewinne erhalten haben. Die Schweiz und Großbritannien haben hier bereits Zeichen gesetzt, während sich die schwarz-gelbe Bundesregierung vor den Karren der deutschen Banken hat spannen lassen. Banken dürfen sich nicht mehr über unrealistische Risikogewichtungen ihren Eigenkapitalbedarf klein rechnen. Als ersten Schritt wollen wir bis spätestens 2017 3% Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen. Langfristig ist eine deutlich höhere Quote notwendig. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums etwa spricht sich für eine Quote von 10 % aus. In der akademischen Diskussion sind auch noch höhere Quoten im Gespräch. Wir werden genau prüfen, was hier notwendig und möglich und in welchem Zeitraum machbar ist. Diese Schuldenbremse wird das Finanzsystem deutlich stabilisieren. Die von uns geforderte Schuldenbremse für Banken setzt hier an und stellt den Finanzsektor wieder auf die Füße.

Die Größenbremse für Banken geht in eine ähnliche Richtung: je größer ein Institut, desto höher sind die Eigenkapitalanforderungen und die Aufsichtsintensität. So erhalten Banken ab einer bestimmten Größe einen starken wirtschaftlichen Anreiz, zu schrumpfen und Geschäftsteile abzustößen. Auch darüber hinaus werden wir in Deutschland wie in Europa Mechanismen entwickeln, um Großbanken hin zu kleineren Geldinstituten zu führen. Wir wollen, dass sich Banken stärker langfristig finanzieren, damit sich eine Bankenpanik wie 2008 nicht wiederholen kann. Wir werden deshalb prüfen, ob eine Bankenabgabe für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds so gestaltet werden kann, dass Banken den Anreiz haben, sich langfristiger zu finanzieren. Mit dieser Abgabe schaffen wir Mittel für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds, damit im Fall einer erneuten Bankenkrise nicht mehr die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Damit Risiken nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor reguliert werden. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, insbesondere also langfristige Kredite vergeben und sich selbst dafür kurzfristig verschulden, müssen den gleichen Regularien unterliegen wie Kreditinstitute.

Gläubiger müssen stärker in die Haftung genommen werden. Deswegen sollen Bankanleihen teilweise in haftendes Kapital umgewandelt werden können, wenn ein Kreditinstitut in Schieflage gerät. Dies sollte in der Regel automatisch geschehen. Eine zuständige Behörde soll dabei über die Höhe der notwendigen Umwandlung entscheiden. Einlagen innerhalb der gesetzlichen Einlagensicherung dürfen in keinem Fall beteiligt werden. Sichtguthaben oberhalb der gesetzlichen gesicherten Grenze dürfen nur nach Aufrechnung möglicher Verbindlichkeiten einbezogen werden. Ein gesetzliches Einlagensicherungsversprechen ist gerecht, schützt die Sparer und stabilisiert Banken, in dem es bank-runs verhindert.

Die Macht der Ratingagenturen hat in den letzten Jahren überhandgenommen. Wir sehen, wie die Agenturen über das Schicksal von ganzen Staaten mitentscheiden. Ratingagenturen haften nicht für Fehleinstufungen und sind nicht an politische und wirtschaftliche Maßstäbe gebunden. Daher müssen die Haftungsgrundlagen ausgeweitet und der Einfluss der Ratingagenturen bei der Finanzmarktregulierung eingedämmt werden. Die Transparenz der Agenturen werden wir erhöhen und Interessenkonflikte beenden. Insbesondere dürfen SchuldnerInnen nicht länger für ihre eigenen Ratings zahlen. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, eine von den Banken unabhängige Ratingagentur zu gründen.

Wir fordern ein Trennbankensystem, weil es Märkte stabiler macht. Geschäftsbereiche, in denen die Kreditinstitute Handelsgeschäfte auf eigene Rechnung tätigen, gehören daher strikt getrennt vom realwirtschaftlichen Finanzierungs- und Einlagengeschäft.

Eine wirksame Haftung ist konstitutiv für die Marktwirtschaft. Für das Management von Fonds, Banken und Versicherungen heißt das: Der Kapitän geht mit dem Schiff unter. Er ist haftbar für eigene Fehler und die seiner Untergebenen, Haftpflichtversicherungen für ManagerInnen dür-

fen das Risiko deswegen nicht vollständig übernehmen. Gleiches gilt für KapitalgeberInnen, also die EigentümerInnen und GläubigerInnen von Banken. Sie müssen um ihren Einsatz fürchten, denn nur dann werden sie das Management effektiv kontrollieren. Wenn ihr Einsatz staatlich garantiert ist, wird das Management immer riskanter wirtschaften, da Profite an die KapitalgeberInnen fließen, während Verluste sozialisiert werden. Erst wenn sie um ihren Einsatz fürchten müssen, entsteht ein Anreiz für EigentümerInnen, das Management effektiv zu kontrollieren. Die Vergütung von ManagerInnen und HändlerInnen im Finanzsektor wollen wir so ausgestalten, dass sie sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt an kurzfristigen Profiten ausrichten. Wir brauchen aber auch eine schlagkräftige Fusions- und Wettbewerbskontrolle auf dem Finanzmarkt, die sich dem Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und gegen Marktmacht und Marktkonzentration vorgeht. Wir wollen das Kräfteverhältnis zwischen Regulierern und Regulierten zugunsten der Finanzaufsicht deutlich verbessern: materiell, rechtlich, personell, organisatorisch und informationell.

Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt sondern direkt zwischen den Akteuren. Der Nachteil: Die Aufsicht hat keine Chance einzugreifen. Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht. Europäische und langfristig internationale Regeln sollen dafür sorgen. Auch der Hochfrequenzhandel mit super schnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die Finanztransaktionssteuer regulierend. Das Platzen kreditfinanzierter Vermögensblasen hat enorme ökonomische, soziale und auch ökologische Folgewirkungen. Um das Entstehen solcher Blasen zu verhindern, muss das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank und Finanzmarktaufsicht weiterentwickelt werden. Dazu und angesichts ihres massiven Bedeutungszuwachses braucht es - unter Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank - auch eine offene Debatte über ihre Rolle und ihr Instrumentarium.

Wir wollen mehr privates Kapital in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen lenken. Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eine besondere Bedeutung zu. Geldanlage ist auch eine ethische Frage – Investitionen etwa in Streumunitionshersteller wollen wir deshalb verbieten. Außerdem gilt: mit Essen spielt man nicht! Fonds, Großbanken und anderen institutionellen Investoren gehört die Spekulation an diesen Märkten deshalb untersagt. Ebenso müssen alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sowie unverwässerte Positions-, Preis- und Tempolimits eingeführt werden. Auch das sogenannte „Land Grabbing“ (Landnahme) gehört geächtet. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten. Zudem muss die Vergabe von Entwicklungskrediten an die Einhaltung der Leitlinien geknüpft werden.

Die Überwachung der Solidität der Finanzinstitute steht oft in einem Interessenkonflikt zum Verbraucherschutz. Wir fordern daher einen Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte. Finanzberatung durch provisionsbasierte Finanzprodukte erfolgt heute oftmals nicht im Interesse der KundInnen, sondern im Interesse von Finanzvermittlern nach hohen Provisionen. Provisionsgetriebene Falschberatung wollen wir verhindern. Wir fordern eine verbraucherorientierte Regulierung der Provisionen, sodass Beratung grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt. Dazu ist auch ein völliges Provisionsverbot in der Diskussion, welches in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Als echte Alternative wollen wir die Honorarberatung, z.B. durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes, stärken. Des Weiteren müssen private EndverbraucherInnen besser über die Risiken von Finanzprodukten informiert werden.

Gleichzeitig wollen wir uns für mehr Finanzkompetenz aller einsetzen. Nur wenn wir die Strukturen und Instrumente der Finanzmärkte verstehen, können wir die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageformen weiter verstärken und die Transparenz der Märkte erhöhen.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Dabei stehen wir Grüne weiterhin zu unserer Forderung, einen großen Teil der Einnahmen in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt zu überführen. Der Beschluss in zunächst 11 europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, auch die außerbörslichen, möglichst europaweit, besteuert werden. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer wollen wir nach Produktart und Risiko differenzieren. Dazu gehört auch, dass die Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht, wie viel die Rettung der Banken die SteuerzahlerInnen bisher gekostet hat.

Nur ein stabiler Finanzsektor kann die Unternehmen und VerbraucherInnen mit Krediten versorgen. Das deutsche Drei-Säulen-System aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken hat sich hier bewährt. Kleinstbanken sollen deshalb von bürokratischen Anforderungen entlastet werden. So kann auch endlich genügend Personal für die Bankenaufsicht eingesetzt werden.

Seit der Finanzkrise wächst der Sektor der nachhaltigen Banken rasant. Sie zeigen, dass ein anderer Finanzsektor möglich ist. Diese Banken legen sich selbst strenge Regeln für ein nachhaltiges Verhalten und lassen in der Regel ihre KundInnen über ihre Aktivitäten entscheiden. Die meisten sind genossenschaftlich organisiert und handeln nicht primär gewinnorientiert. Grüne Politik unterstützt nachhaltige Banken regulatorisch.

4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken

schon Unternehmen erforschen und entwickeln innovative und kreative Lösungen. Wir rücken sie deshalb in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik und unterstützen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine realistische Option ist. Wir werden daran arbeiten, dass Mittelstand und familiengeführte Unternehmen in Deutschland auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dazu haben wir die Bedürfnisse dieser Unternehmen nicht nur bei der Wirtschafts-, sondern auch bei der Infrastruktur-, Bildungs- und Steuerpolitik im Blick. Hierzu gehört auch, die unfairen Wettbewerbsvorteile internationaler Konzerne durch Steuergestaltungsmodelle zu beenden. Handwerk hat goldenen Boden – Handwerk hat grünen Boden! Das Handwerk hat für den Klimaschutz und bei der Ressourceneinsparung eine zentrale Rolle. Damit Häuser eine bessere Wärmedämmung bekommen, damit mehr repariert als weggeworfen wird, damit mehr Solarmodule auf die Dächer kommen – für all das werden hunderttausende gut qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker gebraucht. Dazu braucht das Handwerk gute Ausbildungsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten.

Faire und vergleichbare Bedingungen sind die Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens- und Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ökologische und soziale Kosten auf Umwelt

und Gesellschaft verlagern. Durch Wettbewerbsverstöße werden VerbraucherInnen geschädigt, deshalb müssen deren Rechte im Kartellrecht gestärkt werden.

Wir wollen durch Novellierung des GWB das Bundeskartellamt bei der Regulierung von oligopolistischen und monopolistischen Märkten stärken und prüfen wie durch Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein Abwälzen privater Kosten auf die Gemeinschaft und die Nicht-Bilanzierung der von einem Wirtschaftssubjekt verursachten Umweltschäden (Externalisierung) entgegengewirkt werden kann.

Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima auch durch Entbürokratisierung und Beratung durch Lotsendienste. Klar ist für uns auch, dass die Kammern als Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft durchsichtiger, interkultureller und demokratischer werden müssen. Zudem erwarten wir, dass sie sich künftig verstärkt darum bemühen, mehr kleinere und mittlere Unternehmen, Unternehmer mit Migrationshintergrund und Frauen für ihre Gremien gewinnen. Sonst ist die Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar. Die Doppelmitgliedschaft in Kammern wollen wir ersatzlos streichen.

Die Bedingungen für Existenzgründungen verbessern wir, indem wir Gründungshemmnisse abbauen. Neue Unternehmungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Dafür fordern wir bei Gründungen aber auch eine bedarfsgerechtere finanzielle Ausstattung und zielgerichtete Angebote für die Unternehmensgründungen von Frauen, auch und besonders für Wiedereinsteigerinnen. Die Förderung in die Selbständigkeit muss auch für alle gründungswilligen Arbeitssuchenden gewährleistet sein. Und wir brauchen bessere Beratungsangebote. Gerade die jeweiligen Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Potentiale von Menschen mit Behinderungen müssen individuell gefördert werden.

Unser Konzept der Vermögensabgabe haben wir so gestaltet, dass Selbständige und Unternehmer, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, ein armutsfestes und auskömmliches Alterseinkommen aus eigenem Vermögen ermöglicht wird. Außerdem wollen wir Selbständige, die keine ausreichende anderweitige Vorsorge haben, in die Gesetzliche Rentenversicherung so einbeziehen, dass es sie finanziell nicht überfordert und sich ihnen so auch ein Weg in die Garantierente eröffnet.

Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und erhöhen die Grenze zur Sofortabschreibbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet werden, dass auch kleine Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals und ihrer Investitionsfähigkeit offen steht. Eine 15%ige Steuergutschrift für Forschungsausgaben für Unternehmen bis zu 250 Beschäftigten soll die innovativen Kräfte kleiner und mittelgroßer Unternehmen unbürokratisch stärken, wofür wir allein im Bundeshaushalt 200 Mio. Euro einplanen. Die Projektförderung ist für kleine Unternehmen administrativ zu aufwendig und wird deshalb entsprechend kaum genutzt. Durch eine Steuergutschrift für diese Unternehmen kann eine Benachteiligung gegenüber großen Konzernen abgebaut werden.

Im Osten Deutschlands hat sich seit dem Fall der Mauer eine andere, deutlich kleinteiligere Unternehmensstruktur herausgebildet als im Westen Deutschlands. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für die Forschungslandschaft im Osten Deutschlands, die viel stärker eine staatlich geförderte sein muss, weil die durchschnittlichen Betriebsgrößen im Osten eine eigene Forschung nicht zulassen. Da ist auch der Bund gefordert, denn der Osten braucht eine Innovations- und Forschungsoffensive sowie Unterstützung beim Technologietransfer und der Clusterbildung.

Wir verbessern den Zugang zu Wagniskapital und die breitere Versorgung mit Mikrokrediten. Für eine kreative Geschäftsidee, die vielleicht erst auf den zweiten Blick überzeugt, soll das ebenso möglich sein, wie für jemanden, der schon mal mit einem Unternehmen gescheitert ist und jetzt eine zweite Chance sucht. Wir wollen eine Überarbeitung der Sanierungsklausel prüfen, die EU-rechtskonform ist und neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen auch das Weiterführen von innovativen Unternehmen ermöglicht. Die Sanierungsklausel muss dabei so gestaltet werden, dass Missbrauch verhindert und gleichermaßen eine Fortführung von Unternehmen mit positiver Fortführungsprognose ermöglicht wird. GründerInnenzentren können mittels ihrer Marketing- und Finanzkompetenz jungen Unternehmen und Existenzgründer/innen zum Erfolg am Markt verhelfen bzw. notfalls auch rechtzeitig die Reißleine vor Überschuldung ziehen, wenn keine Aussicht auf einen Markterfolg besteht.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der Regel sehr kleinen Unternehmen müssen durch die soziale Absicherung und einen leichteren Zugang zu Darlehen oder Mikrokrediten verbessert werden.

Das Patentrecht entwickeln wir weiter, denn es soll die Kultur der Selbstständigkeit befördern und nicht hemmen. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen beschränken und nicht als Mittel gegen Neugründer eingesetzt werden können. Das müssen wir innerhalb der EU regeln: Wir setzen uns für eine Reform des Europäischen Patentwesens und die Kontrolle durch das Europäische Parlament ein. Patente auf Lebewesen sind zu verbieten.

5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen

Hochwertige soziale Dienstleistungen in Gesundheit, Pflege und Bildung sind entscheidend für die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind darüber hinaus selber ein bedeutender und sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftszweig. Bis 2020 werden allein im Gesundheitssystem über 6 Millionen Menschen beschäftigt sein.

Doch weder die Ausrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch die bescheidenen Gehälter und belastenden Arbeitsbedingungen werden dieser Bedeutung gerecht. Während in anderen Branchen hohe Boni ausgeschüttet werden, bleiben Gehälter und Arbeitsumfeld in den sozialen Dienstleistungen hinter ihrem gesellschaftlichen Wert zurück. Eine Kultur der Anerkennung fehlt in diesem Bereich völlig. PflegerInnen, Hebammen, Krankenschwestern oder KindergärtnerInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Grüne Politik für die sozialen Dienstleistungen sichert nachhaltig deren Finanzierung, fördert Forschung und Innovationen, steigert die Attraktivität von Gesundheits-, Pflege- und Bildungsberufen und bekämpft Lohndumping. Wir schaffen neue, gute Arbeit durch ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen sowie den Ausbau der Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens. Wir erweitern den Innovationsbegriff um soziale Innovationen und werden Dienstleistungen als Forschungsfeld stärker gewichten.

Soziale Dienstleistungen werden oft von gemeinnützigen Trägern, von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erbracht. Zentral dabei ist, dass bei der Auftragsvergabe, nicht nur die Kosten, sondern auch die Qualität der Dienstleistung sichergestellt ist. Die Vergabe von Sozialen Dienstleistungen kann nicht nach den selben Kriterien erfolgen wie die Beschaffung von Computern, Briefumschlägen oder Bleistiften. Wie wir das Arbeitsrecht in solchen Dienstleistern ändern wollen, haben wir im Kapitel „Teilhabe an guter Arbeit“ beschrieben.

6. Solidarische Ökonomie fördern

Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie BürgerInnenenergie-Genossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnen-Gemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und Bürgergemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Genossenschaftsbewegung. Wir wollen Gründungen in diesem Bereich erleichtern, genossenschaftliche Dienstleistungen einem breiteren Kreis zugänglich machen und ihre Weiterentwicklung fördern. Dazu entbürokratisieren wir die genossenschaftliche Rechtsform, z.B. durch eine Entlastung bei den Prüfungspflichten. Gleichzeitig beenden wir die Benachteiligung von Gemeinschaftsunternehmen besonders bei Gründungs- und Förderprogrammen und erleichtern den Zugang zu Finanzierungsdienstleistungen.

Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch statt des Besitzes im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifende Wohngemeinschaften, die eine Lösung für knapper werdenden Wohnraum in Großstädten bieten. Für Anbieter und VerbraucherInnen von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb Rechtssicherheit schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze sowie Regionalgeldinitiativen, um regionale Wertschöpfung zu fördern.

Die Übernahme eines vor oder in der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann ein geeignetes Instrument sein, um Arbeitsplätze auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens zu sichern. Dies wollen wir unterstützen, etwa durch ein Vorkaufsrecht bei Betriebsübergang. Um den MitarbeiterInnen die Ausübung des Vorkaufsrechts zu ermöglichen bedarf es geeigneter Finanzierungsinstrumente. Mit der Förderung der Solidarischen Ökonomie erschließen wir neue Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe und Mitbestimmung.

7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blindem Wachstum

Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl bilden sich Wohlstand und Lebensqualität nur sehr schlecht ab, soziale Sicherheit, Gleichstellung von Frauen und Männern, gute Bildung oder eine intakte Umwelt gar nicht. Hohe Unfallzahlen, Immobilienblasen oder ein verschwenderischer Ressourcenverbrauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum, sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität.

Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns, noch ein ausreichendes Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. In der Frage der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch liegt die Herausforderung in der absoluten Reduktion des gegenwärtigen globalen Ressourcenverbrauchs. Wir setzen uns für weitreichende Effizienzverbesserungen ein und für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb deren diese wirksam werden können.

Die Wertschätzung eines Menschen durch die Gesellschaft darf nicht vorrangig von ihrem/seinem materiellen Besitz oder Eigentum abhängen. Und wir setzen uns für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein, mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Dazu braucht es verbindliche soziale und ökologische Leitplanken für das Handeln von Unternehmen und KonsumentInnen.

Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben wir darum einen neuen Wohlstandsindikator erarbeitet, den „grünen Wohlstandskompass“. Er bemisst Wohlstand an der Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u.a. den ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht. Auch Wirtschaftspolitik muss sich an den Zielen der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu wollen wir ein neues Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz ausarbeiten, das an die Stelle des überholten „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ tritt.

Die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftswachstums stellt sich jedoch auch langfristig. Wenn das Wachstum ausbleibt, drohen gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Rezessionen lassen die Arbeitslosigkeit ansteigen, üben Druck auf die Sozialsysteme aus und führen zu einer höheren Staatsverschuldung. Wir müssen uns vor diesem Hintergrund die Frage stellen, wie wir mit stetig sinkenden Wachstumsraten umgehen, wie sie in der industrialisierten Welt seit Jahrzehnten erzielt werden. Wir streben daher an, die Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaft langfristig zu reduzieren. Die Diskussion um die richtigen Mittel dazu wurde von uns bereits in der Enquete angestoßen und sollte im parlamentarischen Raum, mit der Wissenschaft und den Kräften der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit jeher für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein, mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Durch ein innovatives Ordnungsrecht, die Abschaffung klima- und umweltschädlicher Subventionen, öffentliche Investitionen sowie Marktanzreiz- und Forschungsprogramme schafft grüne Politik die Rahmenbedingungen für ein regeneratives Wirtschaften. Um Wirtschaftskreisläufe langfristig regenerativ und nachhaltig auszurichten ist darüber hinaus eine noch stärkere zentrale Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips über Anpassungen im Wettbewerbs- und Vermögensrecht notwendig und sollte auch auf kulturelle und soziale Gemeingüter ausgedehnt werden, um deren volle Vielfalt vor Ausbeutung und damit langfristiger Zerstörung durch Wirtschaftsprozesse zu schützen.

Wer GRÜN wählt, ...

- blick und in Europa – und schafft so viele neue Arbeitsplätze.
- reguliert wirksam die Finanzmärkte, sodass sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen.
- schafft faire Wettbewerbsbedingungen, fördert Innovation und hat keine Scheu vor der Auseinandersetzung mit großen Playern arbeitet mit an einem demokratischen und solidarischen Europa, in dem die Reformlasten nicht bei den Ärmsten abgeladen werden.
- unterstützt eine Politik, die die Lebensqualität der Menschen heute und morgen im Blick hat und auf solidarische Ökonomie setzt statt nur einen veralteten Wachstumsgedanken.

Schlüsselprojekte

Für eine Ressourceneffizienz-Allianz – Top-Runner-Prinzip einführen

Ressourceneffizienz heißt: Wir wollen nicht weiter die Substanz unserer Erde verbrauchen statt von ihrem Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Deshalb wollen wir eine Ressourceneffizienz-Allianz zustande bringen, an der sich Wirtschaft, Forschung, NGOs, Politik und Verwaltung beteiligen. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen- und Materialeffizienz achten. Beim Top-Runner-Prinzip gibt das umweltverträglichste und effizienteste Produkt den Standard vor, den alle anderen in vorgegebener Zeit erreichen müssen. Das bisher zahnlose Programm für Ressourceneffizienz (ProgRes) wollen wir weiterentwickeln und um verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für Hersteller ergänzen. Dies unterstützen wir unter anderem durch eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik.

Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

allein eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken müssen bis 2017 mindestens 3% Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass“ umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.
